

Verhalten der katholischen Fraktion steht das entgegennommene der preußischen Regierung in einem thümlichen Kontrast, indem diese Regierung innerhalb des ihr gelassenen Spielraums eine zunehmend milde Präzis in den Anwendung der kirchenpolitischen Gesetze bis auf den heutigen Tag hat wollen lassen, wie das anliegende Verzeichniß der betreffenden Maßnahmen nachweist.

Es drängt sich die Frage auf, ob der päpstliche Stuhl nicht den Willen oder nicht die Macht hat, die klerikale Fraktion von der Belästigung derjenigen Bestrebungen abzuhalten, die er selbst so entschieden verdammt. Jedenfalls hat diese Wahnbewegung bei der königlichen Regierung die Hoffnung, daß das Entgegenkommen ein gegenseitiges sein werde, und das Vertrauen, daß die Verhandlungen in jener Schlage zur Verständigung führen werden, wesentlich abgeschwächt. Dessen ungeachtet wird die königliche Regierung in derselben friedliebenden Gemütsart, welche sie den ersten Großungen Seiner Heiligkeit entgegenbrachte, und in der Theilnahme, welche sie seit für die verwaisten Gemeinden empfunden hat, nicht länger zögern, aus ihrer eigenen Initiative heraus diejenigen Maßregeln, welche mit den unveränderlichen Rechten des Staates verträglich sind....

Wir geben schließlich noch das folgende durch die „R. A. B.“ veröffentlichte Actenskript:

Berlin, den 4. April 1880.

Auszug.

In der Sache selbst wollen Eure Hochgeboren dem Cardinal Jacobini folgendes sagen:

Wie er aus dem Staatsministerialbeschuß ersehen werde, gebe die Absicht der preußischen Regierung darin, und in den friedlichen Annäherungen pari passu mit dem päpstlichen Stuhle zu halten, wobei wir freilich, so lange die Neuerungen Seiner Heiligkeit im Gebiete der Theorie blieben und einen mehr akademischen Charakter hätten, auch unterseits dieses Gebiet nicht würden verlassen können. Auf dem Gebiete der Präzis wäre die preußische Regierung, wie ich glaube, im Vorprung, da alle diejenigen Concessionsen bei Ausübung der Gesetze, zu welchen die Executive gewißlich berechtigt ist, seitdem Herr von Puttkamer die Geschäfte führt, bereits freiwillig von der Regierung gemacht worden und schon ins Leben getreten sind, und bei andern die Regierung seitdem alle die Schonung und Rücksichtnahme beobachtet hat, welche ihr möglich war, ohne die bestehenden Gesetze zu verletzen. Um und weitere Freiheit zur Entwicklung von Repressionsmaßregeln zu verschaffen, wären Acte der Gesetzgebung notwendig; zu solchen in die Regierung ohne den Landtag nicht berechtigt; sie würde sie aber im nächsten Sommer bei dem Landtag beantragen.

Unter derselben Voraussetzung würden wir untererst die Ausführung derjenigen Gegenconcessions in Erwägung nehmen, welche ich bei meinen ersten, noch bei den letzten des Cardinal-Staatssekretärins Pranchi mit dem Kardinal-Massella abgethanen Versprechungen in Aussicht gestellt hatte, falls davon Seiten der Curie noch derselbe Werth draufgelegt wird, wie damals, nämlich St. Plazidius dem Kaiser und Könige die Wiederherstellung der preußischen Gesandtschaft am päpstlichen Stuhle vorzuschlagen und eine Forderung dafür auf den Stat zu bringen.

Den Bericht des Prinzen Reuß vom 29. v. M. über seine letzte Unterredung mit St. Eminens hatte ich zunächst dem preußischen Herrn Cultusminister mit dem Ergebnis um eine Neuerung zugestellt und wurde erst nach Eingang derselben in der Lage sein, mich über den Inhalt der Despeche des Cardinal-Staatssekretärs vom 23. v. M. auszusprechen; der erste Eindruck derselben auf den Cultusminister wäre allerdings kein ermutigender, indem derselbe unter dem Gesicht erfolgte, daß damit die bisherigen Annäherungsversuche auf ihren ersten Ausgangspunkt zurückverwiesen würden.

(ges.) von Bismarck.

Seiner Hochgeboren dem kaiserlichen Geschäftsträger Herrn Grafen von Berchem.

Wien.

* * *

Die erste heute (Freitag) beginnende Berathung der kirchenpolitischen Vorlage wird, wie man annimmt, in zwei Tagen erledigt werden können. Über das schlägliche Schicksal der Vorlage sind auch heute bei der außerordentlichen Zürkhaltung und zum Theil auch Unschlüssigkeit, die bei fast allen Fraktionen herrscht, höchstens Vermuthungen von geringer Zuverlässigkeit gestattet. Als sicher kann nur betrachtet werden, daß wenn überhaupt ein positives Resultat zu Stande kommt, Dies nur unter den allererschneidesten Abänderungen der Vorlage möglich ist. Die Verweisung an eine Commission wird aller Wahrscheinlichkeit nach beschlossen werden; es dürften hierfür nicht nur die Conservativen, sondern auch der größte Theil der Nationalliberalen und wohl auch des Centrums stimmen. Die Annahme der zweiten Berathung im Plenum würde die schroffe Ablehnung bedeuten, und es soll wenigstens der Versuch gemacht werden, ob die Grundlagen zu einer Verständigung vorhanden sind. Voraussichtlich wird eine Commission von 21 Mitgliedern (je 5 von den Nationalliberalen und vom Centrum, 9 von den beiden conservativen Fraktionen und 2 von der Fortschrittspartei) beschlossen und für die Arbeiten derselben der größte Theil der nächsten Woche in Anspruch genommen werden, während weiterer Zeit die Plenarsitzungen ausfallen.

Politische Uebersicht.

Freitag, 27. Mai.

Die jüngsten Erfahrungen zum Reichstag in Reutlingen, Tübingen und in Kassel liefern zu der Bedeutung von dem herrschenden conservativen Zug eine eigentlich plausible Illustration. In beiden Wahlkreisen, von denen der eine bisher in freiconservativen, der andere in nationalliberalen Händen war, hat mit überraschend großer Mehrheit und ohne sonderliche Anstrengungen die extrem-liberale Partei gesiegt, in dem württembergischen die süddeutsche Demokratie, in Kassel die Fortschrittspartei. Die Blätter

der Fortschrittspartei sehen Kassel schon zu einem Centralpunkt werden, von dem aus die fortschrittliche Agitation sich erfolgreich über das ganze ehemalige Kurhessen verbreiten könne, während die Partei in dieser Provinz bisher äußerst wenig Boden besessen und in der Hauptstadt nicht einmal den Versuch gemacht hatte, einen Kandidaten aufzustellen.

Wir sind mit den Verhältnissen jener beiden Wahlkreise nicht hinlänglich vertraut, um zu beurtheilen, ob etwa lokale und persönliche Ursachen die Entscheidung bei diesen überraschenden Wahlergebnissen gegeben haben. Das Eine aber wird jedenfalls durch die Zahlen und die Berichte der dortigen Blätter bestätigt, daß auf Seite der unterlegenen Parteien eine außerordentliche Lassigkeit und Theilnahmlosigkeit geherrscht hat. Sonst hätten so mühselose Siege von Parteien nicht erreungen werden können, von denen man uns nicht einreden wird, trotz ihres augenblicklichen Erfolgs, daß sie die Gesinnung der Mehrheit der dortigen Bevölkerung repräsentieren. Die in diesen beiden Wahlkreisen gemachten Erfahrungen müssen unsern Parteidienst ernstlich zu Denken geben. Es wird nicht so gut lange mehr dauern, bis die Wahlbewegung für die neuen Reichstagssitzungen in Fluss kommt. Hüten wir uns, daß dieselbe und nicht so unvorbereitet und schlecht gerüstet findet, wie es wiederholt in letzter Zeit bei Nachwahlen der Fall war.

Aus München wird der Augsburger „Allgemeine Zeitung“ geschrieben: „Die von hier aus verbreitete Notiz über einen Besuch, welchen die Gefandten von Sachsen und Württemberg dem Königl. Staatsminister des Neuherrn unlangt gemacht haben, hat in der Presse zu mehrfachen Combinationen Veranlassung gegeben. Da einzelne Blätter die Erörterung hierüber noch fortsetzen zu wollen scheinen und neuerdings in norddeutschen Zeitungen jener Besuch sogar zum bedeutsamen Ausgangspunkt einer gemeinsamen Bundesopposition der drei mittelstaatlichen Königreiche“ gemacht wird, so darf doch wohl daraus annehmen gemacht werden, daß persönliche und geschäftliche Begegnungen der Gesandtschaftschiefs mit dem Minister des Neuherrn der Natur der Sache nach sich durchaus nicht selten ergeben, und daß daher bezüglich der Aufnahme von militärischen Schlusfolgerungen, die an dieselben geknüpft werden, eine gewisse Vorsicht zu empfehlen sein möchte.“

Einen interessanten Commentar zu der preußischen kirchenpolitischen Landtagvorlage liefert eine Correspondenz der „Kön. Ztg.“ aus München:

Wenn wir in Bayern auch durch unser Staatsrecht gegen Anforderungen und Annahmen gebogen sind, deren sich die Curie gegen andere Staaten erfüllt, hat doch auch hier die Nachricht, daß man in Rom die neuesten Zugeständnisse der preußischen Regierung zurückweist, großes Aufsehen gemacht. Wir können nicht sagen, daß ein solcher oder ähnlicher Aufzug des neuesten Schachspiels zwischen Reich und Rom überall ganz unerwartet kommt. Wenigstens sind sowohl während der Reichstagssession als nach ihr und noch wenige Tage vor dem Abblauf der preußischen Regierungsvorlage die Neuerungen sehr drastischer Art gefallen, wonach der gegenwärtige Inhaber des Stuhles Petri schließlich nicht anders handeln werde als sein Vorgänger. Darüber wird man sich wohl auch in Berlin klar sein, daß es ein sehr schwieriges Unternehmen ist, auf dem von dem Regierungsentwurf verflossenen Wege einen den berechtigten Ansprüchen des Staates und zugleich den vermeintlichen Rechten der Curie entsprechenden Ausgleich herbeizuführen. Als Beweis des äußersten Entgegenkommens seitens der Staatsgewalt könnte der Entwurf allerdings verwertet werden, und Dies würde auch dann noch gelten, wenn der preußische Landtag, der zum Mittwoch und Mittwochen eben so berechtigt ist als die Staatsregierung, gegen diskretionäre Gewalten in der Hand eines Herrn v. Puttkamer weniger vertrauensvoll sich zeigen sollte, als wenn ein Mann am Cultusminister stände, der bessere Bürschaft gegen reactionaire Curie in Staat und Kirche giebt, als der jetzige preußische Cultusminister. Eine gewisse Empfindung, daß es hier hapert, verräth auch die Vorlage selbst, aber quis custodiet ipsos custodes?

Wie es scheint, wird das britische Conferenceprojekt noch manche Phase durchmachen, ehe es verlängert wird. Das französische Cabinet hat Anfang genommen an der Alternativform, in welcher Granville die Conference für die Regelung der griechischen Grenzfrage vorschlägt. Während nämlich dieser Vorschlag dahin geht, daß die Conference nur dann in Scene geinge, wenn die Türkei der Realisierung der von Salzburg vorgeschlagenen internationalen Commission auch seiner noch widerstreben sollte, wünscht Frankreich, daß die Conference für alle Fälle in Aussicht genommen werde, ohne der Vorlage eine Wahl zu lassen. In Wien wollte man auf diesen Antrag so sehr man sich ihm zuneigte, nicht eher antworten, als bis man die Ausfassung des Berliner Cabinets kannte. Für Bismarck hat nun erklärt, dem Antrag Freycinet's beizupflichten, vorausgefecht, daß alle Mächte sich darauf einigen. Man erwartet nun, daß Granville seine Proposition dem französischen Vorschlage möglich umändern wird. Liebigscheintheit die verschämte Sprache, welche nach dem Vorgange Gladstone's die Mitglieder des englischen Cabinets Österreich gegenüber anschlagen, in Wien noch Geblübt gewohnt zu werden. Man erkennt dort das persönliche Entgegenkommen der englischen Staatsmänner vollkommen an, läßt sich aber darüber über die Endziele der Gladstone'schen Politik im Orient nicht täuschen. Der „Handelsblatt“, welches der Premier durch einen Interviewer Österreich mit Bezug auf die Gestaltung der Dinge auf der Balkanhalbinsel zitiert, läßt den Wiener Diplomaten noch allzu vernehmlich in den Ohren. Daher fand Mr. Goschen auch in Wien keineswegs das Entgegenkommen für die Vorlage seines Cabinets, auf welches er wohl gerechnet hatte. Die Besprechungen, welche zwischen dem britischen Specialbotschafter bei der Vorlage und Baron

Hammel er stattgefunden, sollen für beide Theile ein wenig befriedigendes Resultat gehabt haben. Mr. Goschen hat, wie es heißt, über die Endzwecke seiner Mission bei der Vorlage ein sehr bedecktes Schweigen beobachtet, worin man in Wien neuen Grund zu Misstrauen gegen England gefunden hat.

Aus Wien wird ferner gemeldet, daß sich Deutschland und Rußland dem von Österreich der Vorlage ertheilten Rath, einem Gürtel um Skutari zu ziehen, anschließen. Die Vorlage forderte vier anatolische Bataillone von Pragendorf nach Skutari und verfügt nunmehr an leichteren Orten über sechs zuverlässige Bataillone; zwei albanische sind zu den auständischen übergegangen. Das amtliche rumänische Blatt veröffentlichte eine Meldung, in der Muhammedanern in der Dobrudscha bei Gelegenheit der Feier des 22. d. M. an den Fürsten Karl gerichtete Adresse, worin es heißt, daß die Muhammedaner in Abtracht der Rechtsgleichheit und des Schutzes, die sie unter den rumänischen Geschlechtern, sich glücklich fühlten, in würdiger Weise und als Rumänen den Jahrestag der Thronbesteigung des Fürsten begehen zu können, und daß sie demselben eine lange und glorreiche Regierung wünschen. — In der Plenarsitzung der Skupi scha in dem Donnerstag wurden — so wird aus Krags�ewac̄ geschildert — die Mandate der neu gewählten Abgeordneten für gültig erklärt und die Wahl einer großen Deputation vorgenommen, welche den Fürsten begrüßen soll. Die Berathung der österreichisch-serbischen Eisenbahn-Convention durch den Ausstand diente bald zu Ende geführt werden.

Der russische „Regierungsbote“ veröffentlichte das bereits geweldete Urteil in dem Processe gegen Michailoff, Weimar und Genossen, welches nunmehr dem Generalgouverneur Grafen Voris Melikoff vorgelegt wird. Der Minister

des Innern hat das Journal „Bereg“ auf sieben Tage suspendirt, weil dasselbe vorschrifswidrig das gedachte Urteil des Militärgerichts veröffentlicht hatte, bevor dasselbe im „Regierungsbote“ publicirt worden war. — Aus St. Petersburg wurde vor einiger Zeit gemeldet, daß man den mutmaßlichen Ansitzer der Explosion im Winterpalast, Schewitsch, Bruder des Gouverneurs von Kaluga, zur Haft gebracht habe. Wie der „Daily News“ nun aus New-York geschrieben wird, lebt dieser Schewitsch, der in Petersburg seine Schuld eingestanden haben soll, in New-York, wo er mit der sozialistischen Presse in Verbindung steht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß er mit der in Petersburg verhafteten Persönlichkeit gemeint ist. Alle Umstände deuten auf ihn. Es scheint hier ein Irreflum oder ein Bericht des Gefangen vorzuliegen, die Behörden zu täuschen, möglicherweise behufs besseren Schutzes seiner Mit-schuldigen.

Der Pariser Chauvinismus soll eine offizielle Aussichtung erfahren. Ein großes militärisches Schauspiel steht nämlich den Parisiern in den nächsten Tagen bevor. Die französische Regierung hat sich endlich schlüssig gemacht über den Tag, an welchem die Vertheilung der neuen Fahnen an die Truppen stattfinden soll. Sie hat den 14. Juli erwählt, den Jahrestag der Errichtung der Bastille, und dadurch indirekt auch ihre Zustimmung zu dem Antrage Raspail's gegeben, welcher in Zukunft diesen Tag als einen Nationalfesttag begehen will. Der bevorstehende 14. Juli wird jedenfalls ein Nationalfesttag werden, auch selbst wenn der Raspail'sche Antrag bis dahin noch nicht Gesetz geworden ist. Den Truppen des Pariser Militärbezirks wird die Fahne direct übergeben werden, die sämtlichen übrigen Truppentheilen werden Deputationen entstehen, welche die neuen Feldzeichen in Empfang nehmen.

Zur Lage meldet das „W. T. B.“ aus Paris vom Donnerstag:

Senat. Der Präsident verlas eine Befehlschrift Leon Sabat's, worin der selbe seinen Dank ausspricht für seine Wahl zum Präsidenten und zugleich anzeigt, daß er bei dem Präsidenten Granville um Enthebung von dem Botschaftsposten in London nachgefragt habe. Der Senat genehmigte sodann den Gesetzentwurf über Aufhebung des Gesetzes, welches die Sonntagsarbeit untersagt, und vertrug sich bis Montag.

Kammer. Das Gesetz, betreffend die Aufhebung der Obedientzbriefe, wurde mit 368 gegen 121 Stimmen angenommen.

Der Ministerrath hat beschlossen, daß am 26. d. M. vom Municipalrathe von Paris gegen den Polizeipräfekten beschlossene Tadelnotiz zu annuliren. Die Deputirten der Seine haben sich über eine wegen der Vorgänge vom vorigen Sonntag einzutragende Interpellation geeinigt, der Deputirte Clemenceau wird dieselbe morgen der Kammer vorlegen. Der Minister des Innern ist bereit, eine sofortige Berathung der Interpellation anzunehmen.

Aus der italienischen Kammer wird uns telegraphisch gemeldet, daß der Kandidat der ministeriellen Partei, Garini, mit 406 Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde. Hierauf begann die Wahl der übrigen Mitglieder des Kabinetts, wosür jede der Parteien eigene Kandidaten aufgestellt hatte. Was die Physisognomie des Hauses anbetrifft, so ist, nach dem Ausfall der Stichwahlen, eine vollständige Älterung der Parteidienstes nicht erfolgt und das Cabinet Cavourli-Depretis wird genährt sein, mit den Dissidenten der Linken oder doch mit einem Theile derselben zu rechnen. Ob das Ministerium so weit gehen wird, sich mit Crispi oder Ricciardi direct in Verbindung zu setzen, bleibt abzuwarten. Mit Rücksicht darauf, daß die aufgelöste Deputirtenkammer das Budget bloß für den laufenden Monat bewilligt hat, wird sich das neu gebildete Haus unverzüglich mit jenem zu beschäftigen haben. Auch jetzt wird das Ministerium vermutlich wieder den Ausweg wählen, provisorisch ein Amstissel des Jahresbudgets bewilligen zu lassen. Da die Budgetfrage insbesondere auch mit der möglichen

Reichsneuerung in engem Zusammenhang steht, wird das Ministerium jedenfalls auf diesem Gebiete seine Feuerprobe zu bestehen haben. Von dem am 23. d. M. vorgenommenen Stichwahl ist jene zu Portogruaro in Venetien besonders bemerkenswert. Dort wurde ein aus Istrien dattires Schriftsteller, das die Unterschrift trug: „Il Comitato Istriano delle Alpi Giulie“ (Das istriatische Comité der julischen Alpen) öffentlich verlesen, in welchem die Wähler aufgefordert werden, den Demagogen und Freudenstern Paolo Gambri zu wählen, damit Istrien im italienischen Parlamente vertreten sei. Derselbe wurde auch richtig gewählt.

Im „streit“ England ist die Prigelstrafe noch vielfach in Anwendung. Selbst die Truppen Ihrer Majestät werden mit diesem Bußmittel, wenn es am Platze ist, zur Raison gebracht. Auf eine fürstlich erfolgte Anfrage von Cowens bezüglich der Abschaffung der Prigelstrafe in der Armee erklärte der Kriegsminister Cholers im Unterhause, daß die Regierung ohne jegliche Reserve die Ansichten des Marquis von Hartington, wie dieselben in den Resolutionen desselben vom 17. Juli 1879 zu Gunsten der Abschaffung zum Ausdruck gekommen seien, teile. Da jedoch die Prigelstrafe abgeschafft wurde, sei es ratslich und für die Disziplin der Armee unbedingt erforderlich, wegen der Erfahrungsschlüsse zu werden. Dies könnte nicht mehr in der kurzen Session geschehen, doch würde er dafür Sorge tragen, daß dem Hause in der nächsten Session eine daran bezügliche Vorlage, von der er hoffe, daß sie die Billigung des Landes haben würde, beigegeben werde. Die Rede des Kriegsministers wurde durch Beifallsruhe von den Oppositions-Bürgern hier häufig unterbrochen.

In Lima sind Nachrichten eingetroffen, welche melden, daß die Peruauer Moquequa zurückerobern haben. Bemerkenswert ist, daß der englische Minister des Auswärtigen, Lord Granville, eine Deputation zu Gunsten einer Mediation Großbritanniens zur Beendigung des Krieges zwischen Chile und Peru empfing. Da Berichterstatter der Prese den Unterredung nicht anwohnten, verlautet nichts Bestimmtes über deren Ergebnis. Die Londoner „Allgemeine Correspondenz“ erschließt indeß, Lord Granville hätte sich im Allgemeinen dahin geäußert, daß England unter gewissen Umständen nicht abgeneigt sein würde, die Vermittlung zwischen Peru und Chile zu übernehmen. Diese Nachricht wird in Südamerika, wie uns scheinen will, nur Erbitterung hervorrufen.

Literatur.

„Nachflänge“. Ausgewählte Schriften von Karl v. Gebler (2 Bände) Breslau, S. Schottlaender, 1880. Eines für die Menschheit viel zu früh abgedruckten Blätters und herzlichen Früchten vor und Karl von Gebler hatte quer sich durch seine tägliche Arbeit über „Galileo Galilei und die römische Curie“ bekannt gemacht; weitere Fortführungen und Nachrichten über Galilei finden wir in den „ausgewählten Schriften“ und außerdem historische und literaturhistorische Aufsätze über interessante Themen in geschmackvoller Form. Die Schriften Karl von Gebler's sind für den großen Kreis der Gelehrten berechnet, teilswohl in dem trockenem Tone doctrinärer Wissenschaftsgelehrten gehalten, sondern trotz ihres auf erneuten Studien beruhenden Gehaltes dagegen in fesselnder, unterhaltsamer Form dargeboten. Es sollen die „ausgewählten Schriften“ ein Denkmal für den Lobten sein; sie sind es zugleich für einen hochbedeutsamen Menschen, der werth ist, von Generation zu Generation in der Erinnerung seines Volkes fortzuleben.

(Eingesandt.)

In der großen Seestadt Leipzig

War einst große Wassersnot

— wenigstens unter den Douchen der Schwimmanstalt in der Elster, wie mit Bedauern constatirt werden mußte, wenn auch im umgekehrten Sinne wie im oben zitierten Gedicht.

Aber sie war, — sie ist nicht mehr, und die getroffenen Verbesserungen und Erneuerungen lassen mit Recht erwarten, daß sie nicht so bald wiederkehren wird. Die im vorigen Jahre gerügten Mischlände sind glänzend beseitigt, die die Douchen spülenden Pumpen sind durch neue, dauerhaft konstruirte ersetzt und es sind Vorlehrungen getroffen, daß dieselben durch ungeliebte Handhabung nicht so leicht in Unordnung gerathen können; die Treppen sind erneuert, alles Holzwerk ist mit Olfarben-Anstrich verlebt, der Schlammt auf dem Grunde ist nach Möglichkeit entfernt — kurz, das ganze Etablissement ist so einladend und zweckentsprechend hergerichtet, daß, wenn Goethe zu der Zeit, als er sein Gedicht „Der Fischer“ schrieb, die Schwimmanstalt in ihrer jetzigen Verfassung bereits gekannt hätte, er das „feuchte Weib“, das den Fischer bekanntlich erst nicht recht ins Wasser kriegen konnte, ganz einfach veranlaßt hätte, mit dem Leoparden in die hübsche Schwimmanstalt zu gehen, anstatt ihm erst lange vorzusagen und ihm von dem angeblichen „Wohlglein“ der Fischlein auf dem Grunde vorzuschwärzeln; der beabsichtigte Zweck würde sicherlich rascher und leichter erreicht werden sein.

Der Direction der Schwimmanstalt sei hiermit als ein Act der Gerechtigkeit öffentlich Anerkennung ausgesprochen.

Aux Caves de France, Reichstr. 5,

Weinhandlung zur Einführung somit untersucht, reiner, ungeöffneter französischer Wein. Neu: seines Brühstücks und Weinbrand, falt oder warm, inkl. Butter und Soße und $\frac{1}{2}$ Liter Wein à 90 Pf. Benommene Table d'hoste von 11.—8 Uhr à Convict 4.55, im Abonnement 4.18 inkl. $\frac{1}{2}$ Liter Wein. Heute Menü: Kartoffelpüpppe, Ragout à la Saucisse, Gemüse, Butter und Soße.